Österreichischer Gemeindebund

Büro Brüssel
In der Ständigen Vertretung Österreichs
Mag. Daniela Fraiß
Avenue de Cortenbergh 30; B - 1040 Brüssel
Tel. (0032 2) 282.06.86; Fax. (0032 2) 282.06.88
E-Mail: oegemeindebund@skynet.be

Europa Aktuell 6/2025

Lage der Union

In ihrer ersten Rede zur Lage der Union versucht Kommissionspräsidentin von der Leyen die pro-europäische Mehrheit im EU-Parlament für sich zu gewinnen. Europa müsse stärker, autonomer, wettbewerbsfähiger und sozialer werden. Öffentliche Auftraggeber sollen dazu durch die Bevorzugung europäischer Produktion beitragen.

Ursula von der Leyen hatte keinen guten Start ins neue Mandat. Von einer pro-europäischen Allianz gewählt, scheute die stärker gewordene EVP im EU-Parlament nicht davor zurück, auch mit den Fraktionen rechts der Mitte Mehrheiten zu suchen. Das und die Angriffe auf den Grünen Deal verstörte wiederum die Fraktionen links der Mitte. Ein erstes Misstrauensvotum von Rechtsaußen im EU-Parlament hat von der Leyen überstanden, weitere sind jedoch angekündigt und der Zolldeal mit den USA hat auch mehrere Mitgliedstaaten verstimmt.

Die Kommissionspräsidentin hatte in ihrer Rede zur Lage der Union also gute Gründe, nicht nur die pro-europäischen Kräfte im EU-Parlament zu besänftigen, sondern auch ihre Fremdwahrnehmung zu verbessern.

Deutliche Worte gegen die Gaza-Politik Israels und die Ankündigung von Sanktionen, ein klares Bekenntnis zum Grünen Deal, die Aussicht auf ein Paket zum europäischen Netzausbau, einen Plan für leistbares Wohnen, die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und strategischen Autonomie und ein Omnibus-Paket für die europäische Nahrungsmittelproduktion sollten die Wogen glätten. Von der Leyen sprach auch die Notwendigkeit an, demokratische Strukturen und eine freie, unabhängige Presse zu stärken und überlegte, ob die EU soziale Medien nach dem Vorbild Australiens regulieren sollte. Die Kontrolle der Rechtsstaatlichkeit wird auch im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen zentral sein.

Für die Gemeinden bedeutsam sind die Ankündigung, im Vergaberecht eine europäische Präferenzklausel einführen zu wollen und im Aktionsplan leistbares Wohnen eine weitere Regulierung der Kurzzeitvermietung vorzunehmen.

Von der Leyen versuchte, sich mit ein paar persönlichen Noten weniger distanziert zu geben und Bewusstsein für die Sorgen der Europäer zu zeigen. Dies ist anzuerkennen, gemessen wird sie in den nächsten Jahren jedoch an dem, was die Kommission konkret auf den Weg bringt. Und hier darf nicht nur die Metaebene analysiert werden, es täte auch der Präsidentin gut, den Austausch mit der kommunalen Ebene nicht zu scheuen.

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/state-union/state-union-2025_en?prefLang=de

Österreichischer Gemeindebund

Büro Brüssel
In der Ständigen Vertretung Österreichs
Mag. Daniela Fraiß
Avenue de Cortenbergh 30; B - 1040 Brüssel
Tel. (0032 2) 282.06.86; Fax. (0032 2) 282.06.88
E-Mail: oegemeindebund@skynet.be

Parlament legt Steilvorlage für Revision des Vergaberechts

Es ist schon länger bekannt, dass eine Revision der Vergaberichtlinien kommen soll, auch Präsidentin von der Leyen unterstreicht die Notwendigkeit, europäische Produktion mithilfe des Auftragswesens zu stärken. Das EU-Parlament hat sich einen Tag nach von der Leyens Rede in diesem Zusammenhang für Vereinfachung und Sicherstellung der kommunalen Selbstverwaltung ausgesprochen. Eine Position, die die Kommission nicht unberücksichtigt lassen kann.

Bis Mitte 2026 will die Kommission einen Vorschlag zur Reform des öffentlichen Auftragswesens vorlegen. Schon längere Zeit finden Konsultationen, Stakeholdergespräche und andere Vorarbeiten statt, das EU-Parlament hat seine erste Positionierung in einem Initiativbericht des Binnenmarktausschusses getroffen.

Darin finden sich Aussagen und Forderungen, die von einem realistischen Zugang zeugen, der auf eine tatsächliche Vereinfachung des Vergaberechts abzielt.

So wird erwähnt, dass insbesondere Gemeinden und kleinere Regionen die komplexen Regeln ohne externe Hilfe kaum anwenden können, die Schwellenwerte aber bewirken, dass auch relativ kleine Aufträge EU-weit auszuschreiben sind obwohl der Wettbewerb um öffentliche Aufträge seit 2014 kontinuierlich abnimmt und grenzüberschreitende Aufträge nur 5% aller Verträge umfassen.

Das Parlament spricht sich zwar für freiwillige nachhaltige und strategische Kriterien und die Unterstützung europäischer Produktion aus, erinnert aber daran, dass es im Vergaberecht um das WIE, nicht das WAS gehen muss und dass auch mit Blick auf nachhaltige Vergabekriterien Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sichergestellt sein müssen.

Das Parlament anerkennt explizit das Recht auf Inhouse-Besorgung und interkommunale (bzw. öffentlich-öffentliche) Zusammenarbeit und empfiehlt, die Regeln für die öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit zu vereinfachen und flexibler zu gestalten. Auch wird die Bedeutung der Dienstleistungen von öffentlichem Interesse betont, lokale und regionale Produkte und Dienstleistungen sollten mittels spezieller Vergabemechanismen gezielter nachgefragt werden, um wirtschaftliche Aktivität jenseits urbaner Zentren zu unterstützen.

Die im WTO-GPA (Agreement on Government Procurement) erlaubten Flexibilitäten für subzentrale öffentliche Auftraggeber sollten ausgereizt werden um kleine Vergabestellen wie Gemeinden bewusst zu entlasten.

Für die Zukunft wird gefordert, dass Digitalisierung nicht als Umwandlung analoger Prozesse, sondern als Vereinfachungsrevolution begriffen wird, wo völlig neue, benutzerfreundliche und interoperable Lösungen entworfen werden.

Büro Brüssel
In der Ständigen Vertretung Österreichs
Mag. Daniela Fraiß
Avenue de Cortenbergh 30; B - 1040 Brüssel
Tel. (0032 2) 282.06.86; Fax. (0032 2) 282.06.88
E-Mail: oegemeindebund@skynet.be

Die im europäischen Dachverband CEMR organisierten Kommunalverbände bewerten den Bericht aufgrund seiner zutreffenden Analyse der Herausforderungen von Gemeinden und KMU positiv. Vereinfachung und Flexibilisierung sind dringend erforderlich und breite politische Unterstützung für die Eigenerbringung kritischer Dienstleistungen, sei es Inhouse oder durch öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit, wichtiger denn je. Die Erwähnung der kommunalen Selbstverwaltung und möglicher Sonderlösungen für subzentrale Auftraggeber lässt die kommunale Familie hoffen. Wichtig ist jetzt, diese Ergebnisse in den weiteren Etappen mitzunehmen und deren Notwendigkeit zu argumentieren.

https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20250905IPR30175/move-away-from-focus-on-lowest-price-in-public-procurement-meps-say